

## Zar ohne Kleider

Die Bilder aus Russland zwingen den Westen, zu reagieren – schon um das Gesicht zu wahren | Von Udo Lielischkies



From Russia with love – Alexei Nawalny

Es ist der Stoff, aus dem Legenden gewoben werden, oder Hollywood-Drehbücher geschrieben: Der mutige Regimekritiker, vom Giftanschlag wieder aufgestanden, kehrt zurück ins mörderische Imperium, enthüllt die kleptokratischen Netzwerke und hält dann im Gerichtssaal eine atemberaubende Spottrede gegen „diesen kleinen Betrüger in seinem Bunker“ – gegen den mächtigen Präsidenten Russlands. Gegen den Mann, der seinen Tod befohlen habe, so Alexei Nawalny. Es ist eine beißende Provokation, die kurz darauf um die Welt geht. „Mein Leben ist wohl keine drei Kopeken mehr wert“, sagt Nawalny noch. „Trotzdem rufe ich alle dazu auf, keine Angst zu haben.“ Dann Abgang in Handschellen.

Noch um Mitternacht gleicht die Moskauer Innenstadt an diesem 2. Februar einem Kriegsschauplatz. „Freiheit für Nawalny!“, skandieren Tausende in die Nacht, Sicherheitskräfte in martialischer Schutzkleidung prügeln brutal auf Demonstranten ein, schleppen 1170 Festgenommene in bereitstehende Busse. Politiker und Regierungschefs im Westen reagieren mit scharfer Kritik, fordern Nawalyns Freilassung und die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit in Russland. Ungewöhnlich scharf sind die Formulierungen. Fast so, als hätten sie etwas Neues entdeckt. Tatsächlich aber ist Russland seit vielen Jahren ein Unrechtsstaat, die Justiz ein williges Werkzeug des Kremels. Nur jetzt, und das ist Nawalyns Verdienst, sind die letzten Masken gefallen.

Schon das Urteil, zwei Jahre und acht Monate wegen Verstoßes gegen Bewährungsauflagen, heruntergeleiert von der Richterinnen Natalja Repnikowa im Simonowsker Kreisgericht, widerspricht jedem Rechtsverständnis, buchstabiert der 44-jährige Angeklagte im lässigen Kapuzenpulli ihr aus seinem Glaskäfig heraus. Der zugrundeliegende Betrugsfall aus dem Jahr 2014 war „willkürlich“ und „konstruiert“, konstatierte damals tatsächlich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Er forderte die Russische Föderation sogar auf, Nawalny eine Entschädigung von 76 000 Euro zu zahlen – was diese auch tat. Ein Schuldanerkenntnis, so Nawalny zu seiner Richterinnen.

Doch warum greift Moskau auf ein fragwürdiges Verfahren aus der Mottenkiste zurück? Ein neues hätte der Kreml schnell und routiniert konstruieren können. Ist ein für wenige Wochen freier Nawalny so gefährlich für Putins Herrschaft? Warum diese brutalen Polizeistaat-Szenen aus über einhundert russischen Städten, über #11000 Festnahmen, 750 Urteile über insgesamt fast 20 Jahre Haft, wie die Zeitung „Kommersant“ meldet? Fast alle engen Berater und Mitarbeiter Nawalyns sehen Strafverfahren entgegen, ein regelrechter „Enthauptungsschlag“, so die Zeitung. Zeigt diese unerbittliche Härte in Wahrheit nur wachsende Angst hinter den Kremelmauern, wie von vielen Insidern vermutet?

Warum zittert das ratlose Regime also vor diesem „Berliner Patienten“, dessen Namen Putin nie über die Lippen brachte? Liberale, pro-westliche Ideen wie Rechtsstaat und Zivilgesellschaft stoßen in Russland eher auf Misstrauen. Zu traumatisch waren die 1990er-Jahre, der Aufbruch in Demokratie und Marktwirtschaft, die Oligarchen-Raubzüge, die Bankenpleiten, die empfindenen Demütigungen durch den überlegenen Westen. Mit sicherem Gespür setzte Putin daher schnell auf neuen Nationalstolz, auf die „russische Welt“ als stolze Alternative zum dekadenten und feindseligen Westen. Das war Balsam für russische Seelen und stabilisierte seinen Weg in die Autokratie. Oppositionsparteien mit liberalen Politik-

entwürfen blieben bedeutungslos. Krim-Annexion, Krieg im ukrainischen Donbass, Bomben auf Syrien, Feuerkraft statt Völkerrecht – alles kam an bei Putins Wählern.

Vorbei. Nach 20 Jahren hat der Putinismus seine Zauberkraft verloren. Im Kampf „Fernseher gegen Kühlschrank“ gewinnt letzterer die Oberhand, der Propaganda-Apparat kann die wirtschaftliche Misere nicht mehr übertünchen. Die Realeinkommen sinken seit sechs Jahren, 20 Millionen leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, und die ist weltfremd niedrig definiert. Putins Umfragen befinden sich im steilen Sinkflug. Er kann seinem Volk nicht mehr erklären, warum trotz Rohstoff-Reichtum so viele im Elend leben.

Schlimmer noch: Das System Putin hat offensichtlich aufgegeben, sich – und damit die Wirtschaft – zu reformieren. Die Planwirtschaftler, die Geheimdienstler, die Scharfmacher haben längst die Oberhand über die liberalen Ökonomen gewonnen. Gegen Alexei Kudrin etwa, den langjährigen und weltweit respektierten ehemaligen Finanzminister. Er forderte immer wieder die Rückkehr zum Rechtsstaat und ein Ende der feindseligen Rhetorik dem Westen gegenüber. Nur so sei die russische Wirtschaft noch zu retten. Doch Kudrin wurde als Rechnungshof-Präsident entsorgt, längst geben die mächtigen „Silowiki“ den Ton an, die Geheimdienstler, Staatsanwaltschaft, Polizei und Militär. Sie setzen auf Repression – und Raubrittertum. Die Erpressung erfolgreicher Unternehmer ist eine reiche Pflünder, der Flurschaden für das Investitionsklima interessiert nicht. Das verwüstet vor allem den Mittelstand.

Jeder sechste russische Bürger über 15 hat Nawalyns Enthüllungsvideo „Putins Palast“ gesehen, schätzen Beteiligte. Das brachte viele auf die Straße, die nie zuvor protestiert hatten. Doch Empörung über Korruption hat in Russland besonders kurze Halbwertszeiten, dafür haben Jahrhunderte Zaren- und Sowjet-Herrschaft gesorgt. Wenn Nawalny jetzt in einem sibirischen Straflager verstummt – wird dann alles wieder gut für Putin und seine Umgebung? Wohl kaum. Immer härtere Repressionen können die Erosion der Putin-Herrschaft verlangsamen, aber nicht stoppen. Dazu bräuchte es schnelle und glaubhafte Reformen – mit denen niemand rechnet.

Alexei Nawalny hat wie ein Katalysator den Entfremdungsprozess zwischen Putin und seinem Volk beschleunigt, den autoritären Staat demaskiert – in den Augen der russischen Bevölkerung, aber auch im Rest der Welt. Einfach wegzuschauen und weiter gute Geschäfte zu machen, ist noch schwieriger geworden. Die Bilder aus Russland zwingen den Westen förmlich, zu reagieren, schon um das Gesicht zu wahren. Ändern werden allerdings neue Sanktionen genauso wenig wie neue Dialogversuche: Putins Rezepte für Machterhalt sind offensichtlich Gewalt und Einschüchterung. Im Nachbarstaat Belarus haben sie bisher funktioniert.



war nach Stationen in Brüssel und Washington viele Jahre Leiter des ARD-Studios in Moskau. 2019 erschien sein Buch „Im Schatten des Kremel. Unterwegs in Putins Russland“ (Droemer).

## Brüssel, wir haben ein Problem

Ursula von der Leyen zwischen Coronakrise und Mondmissionen. Eine aktuelle Bilanz | Von Eric Bonse

Ursula von der Leyen erlebt ihre erste große Krise als EU-Kommissionspräsidentin. In Brüssel reagiert sie, wie man es aus Berlin gewohnt ist – mit großen Versprechen und kleinem Beraterstab. Doch in Europa funktioniert das nicht so gut wie in Deutschland; Erfolge lassen auf sich warten.

Sie hat große Erwartungen geweckt. Europa werde einen „Mann-im-Mond-Moment“ erleben, versprach Ursula von der Leyen gleich nach ihrem Amtsantritt als Präsidentin der Europäischen Kommission im Dezember 2019. Ihren „Green Deal“ für das Klima verglich sie mit der Apollo-Mission.

Ein Jahr später wurde es noch grandioser. Die Impfstrategie gegen Corona, die sie gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel ausgearbeitet hatte, sollte nicht nur die Europäer schützen. Nein, von der Leyen versprach Hilfe für die ganze Welt; der Impfstoff sei für alle da.

„Dies ist Europas Moment“, rief die CDU-Politikerin kurz vor Weihnachten aus, als das erste Vakzin in der EU zugelassen wurde. Dass der Impfstoff von Biontech kam, also aus Deutschland, machte sie besonders stolz. Die Europäer würden mutig vorgehen und zeigen, wie man das Virus besiegt, so die frohe Botschaft aus Brüssel.

Doch die großen Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Bei der Corona-Impfung hat die EU eine Bruchlandung hingelegt. Nachdem Europa 2020 zum Epizentrum der Pandemie geworden war, droht es nun den Wettlauf um den Impfstoff zu verlieren. Das Debakel erinnert an Apollo 13 – Rücksturz auf den harten Boden der Tatsachen.



Mrs. Europa – Ursula von der Leyen

Doch anders als vor einem Jahr, als sich die 27 Staats- und Regierungschefs der Union gegenseitig die Schuld zuschoben, ist der Schwarze Peter diesmal in Brüssel gelandet. „Wir haben in den Abgrund geschaut“, rief von der Leyen damals warnend aus. Nun steht sie selbst mit dem Rücken zur Wand – und muss sich rechtfertigen.

Die Attacken kommen aus Berlin und München, wo sich Olaf Scholz und Markus Söder für den Wahlkampf warmlaufen. Sie kommen aber auch aus Luxemburg und Paris, wo sich zwei prominente frühere EU-Politiker – Jean-Claude Juncker und Michel Barnier – von der deutschen EU-Präsidentin distanzieren haben.

Sogar in der Kommission brodelt es. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides ist es leid, den Kopf für ihre Chefin hinzuhalten. Und Handelskommissar Valdis Dombrovskis lehnt es ab, Verantwortung für alle die Pannen zu übernehmen, die der EU-Behörde im Streit um den britischen Pharmakonzern AstraZeneca unterlaufen sind.

Doch statt sich vor ihr „Team Europa“ zu stellen, tauchte von der Leyen erst einmal ab. Dies weckt Zweifel an ihren Führungsqualitäten. Sie sei eine Schönwetter-Politikerin, die sich bloß auf Ankündigungen verstehe, glauben sogar Parteifreunde wie der CDU-Europaabgeordnete Dennis

Radtke. An ihrem Berliner Politikstil habe sich nichts geändert.

Dabei ist die 61-Jährige Attacken gewöhnt. Als Verteidigungsministerin hat sie gelernt, sich selbst zu verteidigen. Die Berateraffäre hat sie – abgesehen von kleineren Blessuren – unbeschadet überstanden. Bei ihrem Start in Brüssel heuerte sie eine PR-Agentur an, die für ein neues, frisches Image in den sozialen Medien sorgte.

Bei Twitter bringt sie es auf 532000 Follower – davon können andere nur träumen. Ihre Vizepräsidenten und Rivalen Frans Timmermans und Margrethe Vestager – beide wollten selbst Kommissionschefs werden – überstrahlt sie mit professionell gemachten Videoclips, die in der Chefetage der EU-Kommission produziert werden.

Sobald es einen Erfolg zu verkünden gilt, stellt sich die Chefin lächelnd vor die blaue Europafahne und preist das Erreichte. Ganz allein, als sei es nur ihr Erfolg. Gelegentlich gibt sie auch praktische Ratschläge. Ein Clip, in dem sie hygienisch korrektes Händewaschen in Coronazeiten vorführt, wurde sogar zum Youtube-Hit.

Doch im wirklichen Leben ist von der Leyen kaum präsent. Das liegt nicht nur an Corona, sondern auch an ihrer Dienstwohnung, die sie sich im 13. Stock des Berlaymont – dem Kommissionsgebäude – einrichten ließ. Nur beim Joggen kommt sie mal raus und sieht „ih“ Brüssel – die Stadt, in der sie geboren ist und der sie sich verbunden fühlt.

In Gedanken ist sie aber noch in Berlin – und in Paris. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sie ihren Job in Brüssel zu verdanken, mit Merkel stimmt sie sich mehr denn je ab. Den Ruf, „Macrons Geschöpf“ und „Merkels Gehilfin“ zu sein, hat sie bis heute nicht abgelegt. Immerhin verschafft ihr das politische Rückhalt in Krisen wie dieser. Merkel und Macron stützen sie.

Verlassen kann sie sich auch auf ihre deutschen Berater Jens Flösdorff und Björn Seibert, die sie aus Berlin mitgebracht hat. Die Kommunikation läuft über Flösdorff, die Strategie kommt von Seibert. „Ich bin wie der Schrittmacher einer Radrenn-Elite“, sagt ihr Stabschef. Seibert gibt das Tempo vor – und das ist atemberaubend.

Nicht weniger als 900 Eilentscheidungen wurden seit Beginn der Coronakrise in Brüssel getroffen. Auch sonst setzt von der Leyen auf „mehr Europa“: bei der Gesundheit, wo sie nun auch den Krebs bekämpfen will, in der Außenpolitik, wo sie ein Bündnis mit den USA anstrebt, oder beim EU-Budget, das noch nie so prall gefüllt war wie heute.

Zusammen mit dem neuen, bis zu 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds, der aus Schulden finanziert wird, gebietet sie über fast zwei Billionen Euro – mehr als jeder Kommissionspräsident vor ihr. Mit dem vielen Geld will sie Europa umkrempeln und die EU retten.

Nicht Merkel, sondern von der Leyen sei die wahre „Mrs. Europa“, schrieb das britische Magazin *The Critic* im vergangenen Sommer, kurz nach der Einigung auf den Rekord-Etat. Doch seither ist ihr Stern verblasst, jetzt geht es an die Umsetzung der großen Visionen.

Und da sieht es nicht so gut aus, wie der Streit um die Impfstrategie zeigt. Die nächste Bewährungsprobe kommt schon im Frühjahr, wenn es um die Umsetzung der Klimapläne geht. Bei den EU-Gesetzen, die von der Leyen bald vorlegen will, steht auch Merkel auf der Bremse.



ERIC BONSE

ist Politologin und Publizistin. Er arbeitet als Korrespondent in Brüssel, unter anderem für die *German Times* und den *Petersburger Dialog*.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

## Mürbe

Was alles versprochen wurde, was alles insinuiert wurde – was alles vergessen wurde: ein Weihnachtsfest im Kreis der Liebsten, wenn man sich an Lockdown-Regeln halte. Dass es November-Hilfen gebe, gerade für die kleinen Selbständigen. Dass die Hilfen ohne bürokratischen Aufwand zu beantragen seien. Dass es ein Fehler gewesen sei, die Grenzen zu schließen. Dass es mit dem Impfen gegen Covid-19 funktionieren werde. Die Infektionszahlen sanken wie gewünscht. Doch nichts von alledem traf ein. Stattdessen wurden Erklärungen und Entschuldigungen in schwindelnde Höhen getrieben. Schuldige wurden gesucht: die Mutanten aus Großbritannien, auch wenn die nicht zu einer Erhöhung der Inzidenzwerte führten; die Familien, die sich ins Sauerland aufmachten; die Jugendlichen, die sich an Glühwein-Ständen tummelten; die Ministerpräsidenten, die der Kanzlerin nicht folgten; Europa, Pharmaproduzenten und Krankenschwestern aus Tschechien; Arbeitnehmer, weil sie immer noch ins Büro gingen; Gesundheitsämter, weil ihre Technik nicht auf dem Stand von Estland sei. Psychologen machten sich verständnisvoll ans Werk. Dem Volk sei zu danken, weil es sich an das halte, was verlangt werde. Dem Murren, dem Unmut und sinkenden Umfragewerten wird mit therapeutischen Weisheiten begegnet: Die Menschen sind eben mürbe. Man kennt das von Kindergartenantant: Die müden Kleinen maueln halt. Sicherheitshalber werden am liebsten Experten aus Medizin (und Statistik) zu Rate gezogen, denen es mit dem Lockdown nicht weit genug gehen kann. Nebenwirkungen und Risiken werden nicht gelehrt – doch ohne Konsequenz. Theater und Opern bleiben geschlossen. Mit der irrwitzigen Begründung, in der Straßenbahn dürfe es kein Gedränge geben. Als ob sich jemals Opernbesucherinnen in der Straßenbahn gedrängt hätten. Weil Blumenläden zu schließen haben, drängen sich die Leute im Supermarkt – am neuen Blumenstand dort. Parfümrien bleiben offen, sofern sie Waschmittel anbieten. Was nicht nebenbei ein neues Feld für Interessenvertreter eröffnet: Wir sorgen für Systemrelevanz. Jüngst ein Scherz, in Beschluss gegossen: Die Einschränkungen sollten bis zum 14. Februar gelten. Zum Dank ein Tusch der Karnevalisten? Für den 15. des Monats steht Rosenmontag im Kalender. Die Erfahrung lehrt: Wenn von vier weiteren Lockdown-Wochen die Rede ist, sind acht gemeint. Mindestens. Die tollen Tage fallen aus. Oder kommen erst noch.